Stand: 11.11.2025 18:17:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1435

"Anhörung zur "Zukunft des Gymnasiums in Bayern""

# Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/1435 vom 02.04.2014
- 2. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 03.04.2014
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/2023 des BI vom 10.04.2014
- 4. Beschluss des Plenums 17/2258 vom 04.06.2014
- 5. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2014



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

02.04.2014 Drucksache 17/1435

# Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anhörung zur "Zukunft des Gymnasiums in Bayern"

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Bildung und Kultus führt noch vor der Sommerpause 2014 eine Expertinnen- und Experten-Anhörung zur "Zukunft des Gymnasiums in Bayern" durch. Ziel ist es, die aktuelle Debatte um die Schulzeitverlängerung am Gymnasium in den Landtag zu bringen.

Die Anhörung soll der erste Schritt sein, die erarbeiteten Konzepte aller Verbände parlamentarisch zu diskutieren.

## Begründung:

Unseres Erachtens ist eine offene und breite Diskussion notwendig, mit dem Ziel, eine Lösung zu finden, für die ein breiter Konsens erzielt wird.

Verhältnismäßigkeit und Chancengleichheit sind es auch, was Sie in Ihrem Antrag fordern, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Dann fordern Sie, dass endlich der Grundsatz der Tarifeinheit unter Einbeziehung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorangetrieben werden muss.

Liebe Frau Karl, nichts anderes fordert Herr Vaatz. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene haben wir gemeinsam, CDU, CSU und SPD, vereinbart – ich zitiere auch da -:

Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben. Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung getragen.

Der Ball liegt aber nicht im Spielfeld der Bayerischen Staatsregierung – das wissen Sie -, sondern in dem der Bundesarbeitsministerin, Frau Nahles. Sie gehört Ihrer Partei an, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Dieser Hinweis muss auch in dieser Debatte erlaubt sein. Fakt ist: Die Bundesministerin hat den Auftrag, hier die notwendigen Prüfungen und Gespräche durchzuführen und einen Vorschlag zu unterbreiten. Dem Vernehmen nach verzögert sich dieser jedoch unter anderem wegen schwieriger verfassungsrechtlicher Fragestellungen.

Wie Sie wissen, ist auch die Haltung unter den Gewerkschaften nicht einheitlich. So hat der Vorsitzende von "ver.di", Herr Bsirske, erst am 31. März eine gesetzliche Regelung abgelehnt.

Die Haltung der Bayerischen Staatsregierung ist klar, meine Damen und Herren. Wir stehen für Gewerkschaftspluralität und Koalitionsfreiheit, die Verhältnismäßigkeit und Chancengerechtigkeit wahrt. Um ein verfassungskonformes Vorgehen zu gewährleisten, sind drei Punkte unverzichtbar:

Erstens. Wir brauchen eine enge Einbindung aller betroffener Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. In diesem Rahmen sind auch die bisherigen Erfahrungen in der Praxis mit der Rechtsprechungsänderung zu berücksichtigen.

Zweitens. Wir müssen die Balance zwischen allen betroffenen Interessen und Positionen wahren.

Drittens. Es darf zu keiner Verdrängung von Berufsgruppen- und Spartengewerkschaften kommen. Ihre Rechte aus Artikel 9 des Grundgesetzes müssen gewahrt bleiben.

In diesem Sinn wird sich die Bayerische Staatsregierung in den Gesetzgebungsprozess einbringen, so wie es auch der Dringlichkeitsantrag der CSU treffend formuliert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Staatsregierung steht für eine ausgewogene und verfassungskonforme Regelung der Tarifeinheit. Lassen Sie uns deshalb weiter gemeinsam an einem Strang ziehen. Der Antrag kann damit als erledigt gelten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: (nicht autorisiert) Herzlichen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur ersten namentlichen Abstimmung, und zwar rufe ich zunächst den Dringlichkeitsantrag Drucksache 17/1433 auf. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wir bleiben bei fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 16.05 bis 16.10 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeit ist um. Wir schließen jetzt unsere Abstimmung. Es wird außerhalb des Saales ausgezählt.

Ich bitte einen Moment um Geduld. Wir haben jetzt noch eine namentliche Abstimmung und dann noch einen Antrag. Danach ist es für heute schon geschafft. Ich rufe jetzt für die namentliche Abstimmung die Drucksache 17/1468 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – auf. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.11 bis 16.14 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung. Es wird wieder außerhalb ausgezählt.

Inzwischen darf ich bekannt geben, dass für den nächsten Tagesordnungspunkt von der Fraktion der GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist

(Jürgen W. Heike (CSU): Bravo!)

Bevor ich aber diesen Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich zunächst noch Abstimmungsergebnisse bekannt geben, zunächst einmal zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bürgerenergiewende retten – Kahlschlag beim EEG verhindern". Das ist die Drucksache 17/1434, zunächst zur Nummer 1. Mit Ja haben gestimmt 29, mit Nein haben gestimmt 86, und 33 haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Nummer 1 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun zum Ergebnis der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bürgerenergiewende retten – Kahlschlag beim EEG verhindern", Drucksache 17/1434, Nummer 2. Mit Ja haben gestimmt 60, mit Nein haben gestimmt 84. Damit ist der Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Nummer 2 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/1435 bis 1439, 1441 und 1469 bis 1471 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Damit komme ich zum letzten Tagesordnungspunkt für heute.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ehe für alle: Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Drs. 17/261)

Als erste Rednerin darf ich Frau Kollegin Stamm ans Rednerpult bitten.

Claudia Stamm (GRÜNE): (nicht autorisiert) (Von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Kolleginnen! Im Juli 2009 entscheidet das Bundesverfassungsgericht: In der Hinterbliebenenversorgung muss der Dienstherr die eingetragene Lebenspartnerschaft und die Ehe gleich behandeln. In dem Urteil heißt es: Die Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft im Bereich der betrieblichen Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, die bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder zusatzversichert sind, ist mit Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes unvereinbar. Weiterhin heißt es: Geht die Privilegierung der Ehe mit einer Benachteiligung anderer Lebensformen einher - ich kürze ab -, rechtfertigt der bloße Verweis auf das Schutzgebot der Ehe eine solche Differenzierung nicht.

Im August 2009 entscheidet das Bundesverfassungsgericht, dass das Amtsgericht Schweinfurt unrecht hatte, als es davon ausging, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft verfassungswidrig sei. Diese Vorschrift betrifft Adoptionsverfahren, bei denen eine Partnerin einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft das leibliche Kind der anderen Partnerin als Kind annehmen möchte. Das Gericht hatte dies für verfassungswidrig gehalten, weil Eltern immer ein Mann und eine Frau sein müssten. Auch das wurde vom Bundesverfassungsgericht gekippt.

Im Juli 2010 entscheidet das Bundesverfassungsgericht, dass Lebenspartnerschaft und Ehe bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer gleich zu behandeln sind. Im Juni 2012 ergehen zum beamtenrechtlichen Familienzuschlag das gleiche Urteil und die gleiche Beurteilung wie bei der Hinterbliebenenversorgung im Jahr 2009.

Ich könnte so weitermachen, also ein Bundesverfassungsgerichtsurteil nach dem anderen aufzählen. Das war nur ein Ausschnitt dessen, was die Politik wie die Richter in Karlsruhe nach und nach jedes Mal beschäftigt, wobei das Gericht die Politik eigentlich jedes Mal abwatscht; anders kann man das nicht nennen.

Eigentlich ist das eine Reihe von Peinlichkeiten. Dabei könnte es so einfach sein, die Ehe für Schwule und Lesben zu öffnen. Zur Anpassung der Lebenspartnerschaft an die Ehe muss der Gesetzgeber noch 150 Vorschriften in 60 Gesetzen und Verordnungen anpassen. Die Ehe für alle zu öffnen, wäre ein großer Schritt in Sachen Gerechtigkeit. Das Stückwerk muss ein Ende haben, statt immer wieder neue Gesetze anzupassen. Machen Sie es doch den Schwulen und Lesben, uns, den Richterinnen und Richtern leichter! Machen Sie es vor allem, liebe CSU, den Schwulen und Lesben in Ihren Reihen leichter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gewürge von SPD und Union um jeden einzelnen Paragrafen muss ein Ende haben. Es ist für uns Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschaft unwürdig, so zu handeln. Die Politik und nicht Karlsruhe sollte hier das Heft des Handelns in der Hand haben. Stimmen Sie unserem Antrag zu, öffnen Sie die Ehe, und dann ist es gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.04.2014 Drucksache 17/2023

# Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/1435

Anhörung zur "Zukunft des Gymnasiums in Bayern"

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Thomas Gehring Mitberichterstatter: Otto Lederer

#### II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 10. Sitzung am 10. April 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Martin Güll Vorsitzender



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

04.06.2014 Drucksache 17/2258

# **Beschluss**

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/1435, 17/2023

Anhörung zur "Zukunft des Gymnasiums in Bayern"

Der Ausschuss für Bildung und Kultus führt noch vor der Sommerpause 2014 eine Expertinnen- und Expertenanhörung zur "Zukunft des Gymnasiums in Bayern" durch. Ziel ist es, die aktuelle Debatte um die Schulzeitverlängerung am Gymnasium in den Landtag zu bringen.

Die Anhörung soll der erste Schritt sein, die erarbeiteten Konzepte aller Verbände parlamentarisch zu diskutieren.

Die Präsidentin

I.V.

## **Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

# Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

# **Abstimmung**

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung sind die Listennummern 43, 45 und 46 ausgenommen, die einzeln beraten werden sollen.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Das sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 2)

#### Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder einer Fraktion im
	Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

#### Verfassungsstreitigkeit

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. April 2014 (Vf. 7-VII-14) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 214 A "Hotel und Kongresszentrum/Akademie auf dem ehemaligen Gießereigelände" der Stadt Ingolstadt vom 9. Juli 2012 PII/G-1310.14-0007 Drs. 17/2087 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

### Anträge

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Höhere Fördergelder für den kommunalen Schulbau Drs. 17/537, 17/1960 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			ENTH

3.	Antrag der Abgeordne Dr. Hans Jürgen Fahn Residenzpflicht in Bay Spitzenverbände ums Drs. 17/543, 17/2130	u.a. und Fraktion (FR ern erst nach Einbezie etzen		1
	Votum des federführer Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A		A
4.	Antrag der Abgeordne Inge Aures u.a. SPD Frauenquote in Beteili Drs. 17/631, 17/2129	gungsunternehmen de	•	
	Antrag der Fraktion I Votum des mitberaten Wirtschaft und Medier	den Ausschusses für	. <b>§ 126 Abs. 3 Gesch</b> d Verkehr, Energie und	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z		Z
5.	Antrag der Abgeordne Dr. Leopold Herz u.a. "Garagenstellplatzverd Drs. 17/755, 17/2139	und Fraktion (FREIE Vordnung" nachbessern	VÄHLER)	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsd			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		A		Z
6.	Antrag der Abgeordne u.a. und Fraktion (BÜI Berichtsantrag zur Auf Drs. 17/776, 17/2104	NDNIS 90/DIE GRÜNE klärung über das zukü		
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z		

GRÜ

Z

7.	Christine Kamm	ordneten Margarete Bause u.a. und Fraktion (BÜNDN ssen unantastbar bleiben! 1131 (A)	IIS 90/DIE GRÜNEN)
		ührenden Ausschusses fü ht und Parlamentsfragen	ir
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
 Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Entwertung der landwirtschaftlichen Ausbildung – Sachkundenachweis abschaffen Drs. 17/870, 17/2140 (A)

Z

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Z

Α

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Α

die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum "Ablehnung" zugrunde zu legen

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD G8-Gipfel 2015 Drs. 17/904, 17/2091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Praxistaugliche Ausgestaltung der Agrarumweltprogramme: Gewässerrandstreifen Drs. 17/924, 17/2105 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Α

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Konzept gegen das "Wirtshaussterben" Drs. 17/1021, 17/2001 (A)

### Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Finanzieller Ausgleich von kommunalen Biberschäden Drs. 17/1022, 17/2145 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WAHLER	GRU
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Moderne Dieselloks auf der Bahnstrecke Immenstadt – Oberstdorf Drs. 17/1023, 17/2002 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Umweltbundesamt bremsen – "gute fachliche Praxis" erhalten Drs. 17/1024, 17/2146 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Α

15.	Antrag der Abgeordnet Manfred Ländner u.a. ( Vorbereitung des Gipfe Drs. 17/1027, 17/2092			
	Votum des federführen Kommunale Fragen, In		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
16.	Antrag der Abgeordnet Katharina Schulze u.a. Versammlungsfreiheit Drs. 17/1040, 17/2093	und Fraktion (BÜNDN G8-Gipfel 2015		
	Votum des federführer Kommunale Fragen, In		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
17.	Antrag der Abgeordnet Gisela Sengl u.a. und I KULAP 2014 – 2020: F Drs. 17/1042, 17/2106	Fraktion (BÜNDNIS 90 Herdenschutzmaßnahr	)/DIE ĞRÜNEN)	
	Votum des federführen Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	ENTH	A	Z
18.	Antrag der Abgeordnet Gisela Sengl u.a. und I KULAP 2014 – 2020: E Drs. 17/1044, 17/2107	Fraktion (BÜNDNIS 90 Extensive Nutzung von	)/DIE ĞRÜNEN)	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
				GRÜ
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRU
	csu A	SPD Z	A	

19.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vertragsnaturschutzprogramm 2014 – 2020: Anlage von Wiesenbrachestreifen Drs. 17/1045, 17/2147 (A)			
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
20.	Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Schluss mit Sonntagsreden – Gentechnikfreies Bayern vorantreiben Teil I: Keine gentechnisch veränderten Organismen auf landeseigenen Flächen! Drs. 17/1051, 17/2148 (A) [X]			n Teil I: Keine
	über den Antrag wird	gesondert abgestim	mt	
21.	. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Schluss mit Sonntagsreden - Gentechnikfreies Bayern vorantreiben Teil II: Verl des Einbringens von GVO in Schutzgebieten Drs. 17/1053, 17/2149 (A)			
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
22.	22. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Bericht zur geplanten Änderung der EU-Ökoverordnung Drs. 17/1054, 17/2141 (E)			
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

23.	Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl,
	Klaus Adelt u.a. SPD
	Kennzeichnung von Eiern in verarbeiteten Produkten
	Drs. 17/1055, 17/2150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen u.a. SPD Problemfall ADAC – Konsequenzen für Bayern Drs. 17/1056, 17/2003 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)

Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD) Futtertrocknung im Rahmen des Aktionsprogramms "Heimische Eiweißfuttermittel" unterstützen

Drs. 17/1075, 17/2142 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

26.	Antrag der Abgeordneten Peter Winter, Karl Freller, Hans Herold u.a. CSU
	Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern bei der Besetzung von
	staatlichen Aufsichtsratsmandaten sowie Vorstands- und
	Geschäftsführerpositionen bei Beteiligungsunternehmen des Freistaats Bayern
	Drs. 17/1078, 17/2125 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schutz der bäuerlichen Tierhalter vor überzogenen Auflagen – Keine Verschärfung der NEC-Richtlinie im Bereich der Ammoniak- und Methanemissionen für Deutschland Drs. 17/1098, 17/2108 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH		Α

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
 Digitale Spaltung Bayerns endlich beenden – konkrete Informationen zu geplanten Vereinfachungen der Breitbandförderrichtlinie dem Landtag zur Verfügung stellen Drs. 17/1100, 17/2004 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

29.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Kal Bernhard Roos u.a. und Fraktion (SPD) Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof – Regensburg endlich anpacken Drs. 17/1103, 17/2005 (E)			
	Votum des federführen Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
30.	Dringlichkeitsantrag de Erwin Huber u.a. und F Elektrifizierung der Bah Drs. 17/1114, 17/2006	Fraktion (CSU) nnstrecke Regensburg (E)		er,
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
31.	Antrag der Abgeordnet Voraussetzungen für F Approach" schaffen Drs. 17/1177, 17/2008	luglärmreduzierung du		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
32.	Antrag der Abgeordnet Die Zukunft von "Smar Drs. 17/1185, 17/2007	t Grid" in Bayern	te Karl, Natascha Kohi	nen u.a. SPD
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

33.	Antrag der Abgeordneten Arif Tasdelen, Martin Güll, Margit Wild u.a. SPD Schulversuch islamischer Unterricht in deutscher Sprache Drs. 17/1186, 17/2135 (E)			
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
34.	Antrag der Abgeordnet Martin Schöffel u.a. CS Interessen der bayeris NEC-Richtlinie wahren Drs. 17/1221, 17/2109 Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc	SU chen Landwirtschaft b (G) nden Ausschusses für		
	CSU CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				A
35.	Antrag der Abgeordner und Fraktion (FREIE W Bericht über den Proje Drs. 17/1230, 17/2009	VÄHLER) ktstand bei der Neufal		idmann u.a.
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
36.	Antrag der Abgeordnet und Fraktion (FREIE W Reform der Straßenfin Drs. 17/1274, 17/2010	VÄHLER) anzierung – Straßenre		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z

37.	<ul> <li>Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur "Zukunft des Gymnasiums in Bayern" Drs. 17/1435, 17/2023 (E)</li> </ul>			artmann,
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
38.	<ol> <li>Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Markus Blume u.a. und Fraktion (CSU) Kompetenzen der heimischen Luft- und Raumfahrt langfristig erhalten und stärke Drs. 17/1436, 17/2011 (ENTH)</li> <li>Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technolog</li> </ol>			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				ENTH
39.	Dringlichkeitsantrag de Natascha Kohnen u.a. Luft- und Raumfahrt al Bayern nachhaltig sich Drs. 17/1469, 17/2012	und Fraktion (SPD) s strategische Schlüss ern	•	
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				ENTH
40.	Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf, Hans Herold u.a. CSU Umsetzung der EU-Forststrategie mitgestalten, die nachhaltige und multifunktionale Forstwirtschaft stärken Drs. 17/1504, 17/2143 (E)			
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU Verzicht auf zusätzliche Rahmenstandards Drs. 17/1515, 17/2152 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	ENTH	Α

 Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Martin Schöffel, Hans Herold u.a. CSU Umstrukturierungshilfen für Grünfuttertrocknungen Drs. 17/1522, 17/2144 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD Keine Grundschulen in Bayern schließen Standortgarantie auf die nicht selbständigen Grundschulen ausweiten Drs. 17/1523, 17/2024 (A)

#### der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Berthold Rüth u.a. CSU Gymnasium in Bayern Drs. 17/1532, 17/2022 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

45. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bestandsgarantie muss für alle Grundschulstandorte gelten! Drs. 17/1577, 17/2027 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

46. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) "Schule im Dorf":

Modellprojekte zur Erhaltung kleiner Grundschulen im ländlichen Raum zulassen Drs. 17/1604, 17/2026 (A)

#### der Antrag wird gesondert beraten

47. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht über geplante Nachbesserungen beim Katastrophenschutz von Kernkraftwerken

Drs. 17/1464, 17/2021 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Markus Rinderspacher, Horst Arnold u.a. SPD
 Zivilmilitärische Zusammenarbeit Drs. 17/1974, 17/2122 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Georg Rosenthal, Reinhold Strobl u.a. SPD

Berichtsantrag zu den Vorgängen um das Fürstenfeldbrucker Lichtspielhaus und den Aussagen des Vorsitzenden des Landesdenkmalrats Drs. 17/1748, 17/2066

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat

50. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm ergänzen: Heumilch Drs. 17/685, 17/2102 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Barbara Stamm, Peter Winter, Joachim Unterländer u.a. CSU Kostenübernahme der Schülerbeförderung zu außerbayerischen Schulen in Härtefällen ermöglichen Drs. 17/1209, 17/2025 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z